

Phillip Becher

Mobilisierungspraxen der extremen Rechten am Beispiel von Casa Pound Italia¹ Casa Pound – ein „gemeinsames Haus“ für Europas Neofaschisten?²

Seit einigen Jahren sorgt die Bewegung Casa Pound Italia (im Folgenden kurz CPI) für Furore. Für viele BeobachterInnen, die dem Irrtum erlegen sind, dass sich der Faschismus rein phänomenologisch an bestimmten unverkennbaren Merkmalen (wahlweise Glatze und Springerstiefel oder Schwarzhemd und Stechschritt) erkennen ließe, inszeniert sich die Formation der selbsternannten „Faschisten des dritten Jahrtausends“ in einer untypischen Weise: Die Neofaschisten ziehen gegen „Wucher“ und Wohnungsnot zu Felde. Das Wort von einer „sozialen Bewegung von rechts“ (Kitzler 2014) macht die Runde. CPI organisiert Häuserbesetzungen, Theater- und Kunstprojekte, Aktionen unter Schülerinnen und Schülern, Konzerte, Jugendtreffs und andere gemeinhin als „alternativ“ konnotierte Aktivitäten. Zu Parlamentswahlen wird – zunächst auf dem Ticket anderer Rechtskräfte, inzwischen auch selbstständig – angetreten. Sieht man von den Stimmergebnissen der CPI-Schülerorganisation Blocco Studentesco in Rom und einigen anderen Lokalresultaten ab, geschieht dies noch nicht mit überbordendem Erfolg. Und auch bei den jüngsten Deputiertenkammerwahlen im März dieses Jahres ging CPI ins Rennen, blieb hierbei jedoch weit unter den Erwartungen und verharrete jenseits der in Italien inzwischen geltenden Drei-Prozent-Hürde für einzeln antretende Parteien. Auch ohne CPI-ParlamentarierInnen verfügt die Abgeordnetenkammer zwar über eine große Anzahl extrem rechter Politiker, die unter anderem in den Fraktionen von Fratelli d'Italia und Lega Nord sitzen. Abgesehen von der Beteiligung ihrer AktivistInnen an der Welle extrem rechter Gewalt, die Italien verstärkt seit letztem Jahr heimsucht (vgl. Feldbauer 2017), liegt das Hauptaugenmerk von

-
- 1 Für kritische Anmerkungen zu einer früheren Fassung dieses Textes bin ich Dr. Olaf Jann zu Dank verpflichtet.
 - 2 Die Hintergründe und die Organisationsgeschichte lassen sich anhand der informativen, aber unter theoretischen und analytischen Gesichtspunkten nicht unproblematischen Publikation (vgl. Becher 2014) von Heiko Koch (2013) nachverfolgen.

CPI jedoch ohnehin auf einer „Kulturrevolution von rechts“ (Poulain 2011), mithin also auf dem Kampf um die kulturelle Hegemonie. Ihren ersten Bürgermeister, Andrea Bianchi im lombardischen 5.000-EinwohnerInnen-Ort Trezano, gewann Casa Pound durch einen Übertritt: Bianchi war ursprünglich für das Berlusconi-Lager in sein Amt gewählt worden. Die Relevanz der CPI erklärt sich zum einen wegen ihres Ziels, eine kulturelle Hegemonie nach ihrem Verständnis zu erringen, was mit einer spezifischen Demagogie verbunden ist (vgl. allgemein Petzold 1983: 22ff.). Zum anderen hat sie Vorbildcharakter für die rechte Szene in ganz Europa: Neben Deutschlands neuen Rechten um die Theoriezeitschrift *Sezession* und um das Institut für Staatspolitik, die an Mussolinis Nachfolgern Gefallen gefunden haben, orientieren sich auch Ultrarechte in der europäischen Peripherie an der CPI, wie das spanische Movimiento Social Republicano (MSR), das ebenfalls in aufsehenerregender Weise mit Häuserbesetzungen begonnen hat (vgl. Streck 2014).

Die Geschichte von CPI begann am 26. Dezember 2003, und damit wahrscheinlich nicht zufälligerweise am 57. Jahrestag der Gründung des neofaschistischen MSI (Movimento Sociale Italiano) – in dessen Traditionslinie CPI sich in gewisser Hinsicht stellt (vgl. Di Tullio 2014: 7) – mit der Besetzung eines leerstehenden Gebäudes in der Via Napoleone III Nr. 8 in Rom durch rechtsstehende Aktivisten. Bereits im Sommer des Vorjahres hatte dieselbe Gruppe ein öffentliches Gebäude besetzt und es Casa Montag, nach Guy Montag, dem Protagonisten in Ray Bradburys dystopischem Roman „Fahrenheit 451“, benannt (vgl. Castriota/Feldman 2014: 228). Doch erst mit der Besetzung in der Via Napoleone und damit der eigentlichen Schöpfung von Casa Pound als realem Ort nimmt die Geschichte der Bewegung im engeren Sinne ihren Lauf. Auch bei dem neuen Namen ließ man sich durch die Welt der Literatur inspirieren. Diesmal diente der US-amerikanische Dichter Ezra Pound als Taufpate. Pound, der sich ab den 1920er Jahren dem Faschismus angedient hatte, wurde nach der Befreiung der Apennin-Halbinsel 1945 wegen seiner Kriegshetze, die er über Radio Rom hatte verbreiten lassen, von den US-amerikanischen Besatzungsbehörden unter dem Vorwurf des Hochverrats interniert. Für Italiens Rechtsaußen, die sich gerne als eine Gruppe politisch Geächteter in Szene setzen, qualifizierte Pound sich damit als ein Märtyrer für ihre eigene Sache, wie die Formulierungen des 1969 geborenen Anwalts von CPI, Domenico Di Tullio (2014: 80), offenbaren: „Casa Pound war geboren, der Name erinnerte an den amerikanischen Dichter, der in seinem Kampf gegen den Wucher [die Hauptchiffre seines Antisemitismus – Anm. Ph.B.] die verkehrte Seite gewählt und deshalb, in einem Käfig dem Unwetter ausgesetzt, das Internierungslager erlebt hatte.“

Die laut eigenen Angaben inzwischen über 20.000 Mitglieder zählende Formation, die nun neben dem Hauptquartier in Rom auf weitere lokale

Stützpunkte zählen kann, steht seit ihren Anfangstagen unter der Führung von Gianluca Iannone. Für die Vorgeschichte von Bedeutung ist auch die 1997 erfolgte Gründung der Rechtsrockband Zetazeroalfa, die inzwischen eine Art Hauskapelle der Bewegung ist. Sänger und Frontmann dieser Band ist Iannone. Der Mittvierziger ist das medienwirksame Gesicht von CPI. Ein Rockstar als Kopf einer politischen Bewegung – diese scheinbare Novität trägt sicherlich mit dazu bei, dass Beobachter vor allem das vermeintlich Neue und noch nie Dagewesene in CPI entdecken: „Parallel zu den Besetzungen gründete Casa Pound eine Vielzahl von sozialen und kulturellen Organisationen. Zu dieser sozio-kulturellen Sphäre gehören Theater-, Kunst- und Kulturzirkel, Sozial-, Gesundheits- und Zivilschutzorganisationen, rechte NGOS – die im Ausland tätig sind, eine Tier- und Naturschutzorganisation, eine Pfadfinderorganisation und eine Müttervereinigung, sowie eine Gewerkschaft. Ungefähr 20 Bars und Kneipen, mehrere Restaurants, diverse Tattoo-Läden und 15 Buchhandlungen zählen als sozio-politische Treffpunkte ebenso wie die große Anzahl von Parteimitgliedern zu dieser Infrastruktur.“ (Koch 2016) Trotz all dieser durchaus nicht un kreativen Bearbeitungsmodi gesellschaftlicher Konfliktfelder ergibt ein kritischer Blick, um nicht der CPI-Selbstdarstellung auf den Leim zu gehen, dass hier das Präfix „Pseudo“ (also beispielsweise „Pseudo-Gewerkschaft“) angebracht wäre, denn bekannte faschistische Muster sind hier deutlich zu erkennen – und sollen in diesem Beitrag aufgezeigt werden. Anzumerken ist allerdings schon an dieser Stelle, dass Italiens neofaschistische Szene nicht erst seit Kurzem, sondern bereits in den späten 1970er Jahren vor allem gegenüber Jugendlichen neue Wege der Ansprache, die ein alternatives Odeur versprühen sollten, beschritt (vgl. Di Nunzio/Toscano 2014: 252f.).

Casa Pounds Chance

Domenico Di Tullio nimmt kaum ein Blatt vor den Mund. In Di Tullios 2010 in Italien erschienenem Roman, der 2014 in Deutschland unter dem Titel *Wer gegen uns?* bei Antaios, dem Hausverlag des Instituts für Staatspolitik, publiziert wurde, entfaltet der CPI-Anwalt mehr als nur eine Erzählung, auch wenn er einschränkend vorwegschickt, dass das Buch „ein Werk der Phantasie“ (Di Tullio 2014: 4) sei. Er beschreibt seine eigene Rolle bei CPI als die eines „schlechte[n] Vater[s], der fordernd ist und niemals zufrieden mit dem, was sie [die CPI-Aktivistinnen – Anm. Ph.B.] tun“, „[d]amit sie immer besser werden, damit sie immer mehr und immer besseres leisten“ (ebd.: 139). Zugleich zeichnet er die ideologischen Leitlinien der Gruppe in bemerkenswerter Klarheit. Die eigentliche Handlung des Romans ist hierbei kaum der Rede wert: Es handelt sich um eine neofaschistische Aben-

teuergeschichte mit einer Überdosis Virilismus. Den Wert des Buches macht seine Darstellung der CPI-Programmatik aus – auch wenn eine systematische Darstellung des Weltbildes der Bewegung hier sicher nicht zu finden ist, was angesichts des Eklektizismus der Ideologie des Faschismus allerdings auch nicht Wunder nimmt.

Ein Forscherteam um den Politikwissenschaftler Pietro Castelli Gattinara (Gattinara/Froio/Albanese 2013: 237) sieht die sogenannte Eurokrise (die auch im Fahrtwind der Finanzkrise seit 2007 segelt) als einen möglichen Katalysator für CPI und ihre Interpretation der Realität nebst Lösungsvorschlägen. In der Tat bietet die eigene Krisenerzählung von CPI eine Ablenkung von den eigentlichen Ursachen, indem davon ausgegangen wird, dass die Unfähigkeit der US-amerikanischen Familien, Hypotheken auf ihre Immobilien zurückzuzahlen, der eigentliche Grund für die Krise der Jahre 2007ff. gewesen sei. Casa Pounds scheinbarer Antikapitalismus und die Forderung an den Staat, jeder (hier streng ethnisch verstandenen) italienischen Familie ein Haus beziehungsweise eine Wohnung zur Verfügung zu stellen, in Verbindung mit der an Ezra Pound angelehnten Vorstellung vom Haus als heiliger Stätte ist so in Wahrheit staatlich zu flankierender gesellschaftspolitischer Konservatismus im Protestkostüm (vgl. ebd.: 247).

Aber genau wie sich der Italofaschismus, bevor er als Herrschaftssystem seine heute bekannte Gestalt annahm, in seiner historischen Variante in seiner frühen Bewegungsphase zu programmatischen Aussagen hinreißen ließ, die in ihrem „Protest gegen den Staat, der in die private Sphäre eingreift“, an „Elemente des anarchischen Liberalismus“ erinnerten (Togliatti 1973: 30), sieht auch CPI, namentlich der mit der Gruppe verbundene Anwalt Di Tullio (2014: 54) „einheimische[...] Geschäftsleute[...]“ unter dem Druck „lästige[r] Kontrollen und Steuerprüfungen“, die ihnen „das Leben schwer“ machen würden. Die Demagogie von CPI als Epigone des historischen Faschismus funktioniert also, wie noch zu zeigen sein wird, sowohl in die Richtung eines angeblich die soziale Wohlfahrt befördernden autoritären Etatismus als auch in die Richtung der antibürokratischen Kritik am gängelnden Staat – ein Topos, den Silvio Berlusconi, selbst mehrmaliger Ministerpräsident, als Vertreter der neoliberalen Rechten für Italien agitatorisch perfektioniert hat (vgl. Christen 2001).

Hiermit wird eine weitere Funktion von Casa Pound offenbar, die so auch von den Akteuren selbst reflektiert wird. In dem Maße, in dem die drei Berlusconi-Regierungen seit 1994 die Interessen eines Großteils der italienischen Bevölkerung qua politischem Vollzug kapitalistischer Logiken verletzten, entstand rechts eine Lücke im politischen Spektrum. Diese Lücke zu füllen ist die selbstgesteckte Aufgabe einer „unverbrauchten“ Kraft, die zumindest Teile der möglicherweise in Gegnerschaft zum rechten politischen Lager geratenden Oppositionspotentiale,

die zuvor aus welchen Gründen auch immer rechts gestimmt hatten, wieder auf reaktionäre (vgl. zum Begriff Hirschman 1992) Bahnen zu lenken.³ Obwohl oder vielmehr gerade weil CPI aus derselben Traditionslinie stammt wie ein Teil des „etablierten“ italienischen Rechtslagers (vgl. Grimm 2016), namentlich aus der Tradition des MSI, der sich in den 1990er Jahren unter dem medial allzu schnell aufgegriffenen Stichwort des „Postfaschismus“ modernisierte und fit für die offizielle Regierungsbeteiligung auf nationaler Ebene machte, ist CPI genau dieses Problem offensichtlich bewusst: Die wortgewaltige Abgrenzung von dieser etablierten Rechten ist daher ebenso Bestandteil des CPI-Strategierepertoires wie die potentielle Zusammenarbeit mit Segmenten genau dieser Rechtskräfte. Die vom CPI-Anwalt so bezeichnete und kritisierte „Entideologisierung“ (Di Tullio 2014: 52) des einstigen parteiförmigen Neofaschismus wird auf diese Weise zum Verrat der rechten Parteien an den rechten Aktivisten, da erstere in ihrem Wunsch, „Ordnung und Disziplin aufrechtzuerhalten“ (ebd.: 77), die Straßenkämpfer in deren vermeintlich oppositionellen politischen Aspirationen behindern würden.

Die Wohnungsfrage und ihre Lösung

Casa Pounds bereits im Organisationsnamen aufscheinende Fixierung auf die Wohnungsfrage als Hebel ihrer sozialen Demagogie ist nicht zufällig. In der Tat ist diese in Italien in besonderem Maße virulent: „Seit den Jahren des Wirtschaftsbooms in den 60ern wird in Italien von einem Wohnungsnotstand geredet.“ (Falanga 2012: 146) Zwar führte das italienische Pendant des „Wirtschaftswunders“ zu einer Expansion der Städte und damit auch zur Schaffung von neuem Wohnraum, dieser entspricht aber keineswegs den Bedürfnissen der Bewohner: „Tausende von Bürgern leben in maroden Gebäuden in Erwartung, dass der Staat ihnen eine neue menschenwürdigere Unterkunft zur Verfügung stellt.“ (Ebd.) Spekulationen auf dem Wohnungsmarkt führen zugleich zu der kuriosen Tatsache massenhaften Leerstandes, und eine verfehlte Politik im Bereich des Sozialwohnungswesens hat der Ghettoisierung bestimmter Sozialräume Vorschub geleistet. In diesem Zusammenhang ist auch die statistisch nachweisbar

3 Das Lager der etablierten Rechtsparteien kam bei den Parlamentswahlen 2013 zusammen auf nur knapp über ein Viertel der abgegebenen Stimmen. Bei Berlusconi's letztem nationalen Wahlsieg 2008 waren es noch beinahe 47 Prozent der Wählerstimmen gewesen. In der Zwischenzeit hat mit der Bewegung „5 Sterne“ von Beppe Grillo eine neue Formation die politische Arena betreten, die ebenfalls Proteststimmen an sich bindet. Insbesondere die Stärke der rechtspopulistischen Lega Nord hat 2018 dazu beigetragen, dass Italiens Rechtslager wieder mehr als ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

in Italien weit verbreitete Erscheinung der *mammoni*, also der „Muttersöhnchen“ zu nennen. Hinter diesem Schlagwort versteckt sich die Tatsache, dass adolescente Italiener (vor allen Dingen junge Männer) länger bei ihren Eltern wohnen, als es Gleichaltrige in anderen europäischen Gesellschaften tun. Man mag dieses „Nesthocker“-Phänomen einerseits als Beweis für die angeblich besondere Mutter-Sohn-Beziehung *all'italiana* nehmen oder es andererseits als „Zeichen für den sozialen Zusammenhalt“ in der italienischen Gesellschaft interpretieren (vgl. Gilmour 2013: 404). Ganz ohne Zweifel dürfte eine wesentliche Ursache aber auch darin liegen, dass angemessener und bezahlbarer Mietwohnraum sowie ein entsprechendes Angebot von Eigentumswohnungen, auf die in Italien im Vergleich zu anderen Staaten in Europa besonderes Augenmerk gelegt wird, in Folge der oben genannten Umstände rar sind. Auch die in Italien hohen Transaktionskosten beim Erwerb einer Immobilie (vgl. Shlomo 2011: 30) tragen das Ihre dazu bei. Das soziale Phänomen weist auf die reale Problematik der ungelösten Wohnungsfrage hin. Auch die Turiner Soziologin Chiara Saraceno (2012: 121) spricht von „handfeste[n] Schwierigkeiten, aus eigener Kraft eine Wohnung oder ein Haus und einen Haushalt zu finanzieren.“ Neben den bereits erwähnten Faktoren macht sie dafür „ein System der sozialen Sicherung [verantwortlich], das sich gegenüber Berufsanfängern und Personen in unregelmäßigen Arbeitsverhältnissen wenig entgegenkommend zeigt“. Insbesondere verschärfte sich im Rom der Jahre nach 2007 mit dem Platzen der Immobilienspekulationsblase die Situation auf dem Wohnungsmarkt, und die Zahl der Zwangsräumungen, vor allem infolge von Zahlungsrückständen, stieg in astronomische Höhen (vgl. Gattinara/Froio/Albanese 2013: 243; Di Nunzio/Toscano 2014: 253). Die materiellen Grundlagen für ein öffentlichkeitswirksames Aufgreifen der Wohnungsfrage waren und sind also gegeben.

Dieses Problem anzusprechen folgt aber auch einer gewissen ideologischen Tradition innerhalb faschistischer Propagandabestände. Indem es die besonders brutale Endphase des Faschismus (vgl. Feldbauer 2014: 56ff.) demagogisch bemäntelte, stellt das Manifest von Verona vom November 1943 (in Vernier 1977: 18ff.) die wichtigste Referenz zur Konstruktion einer sozialen faschistischen Traditionslinie dar. Dieses Dokument bildet gleichsam die inhaltliche Gründungsurkunde der sogenannten italienischen Sozialrepublik mit Regierungssitz in Salò am Gardasee, von wo aus Mussolini die Schlussphase seines Regimes orchestrierte. Dieser Schlussakt des italienischen Faschismus an der Macht stellte sich als revolutionäres Gesellschaftsprojekt dar, stand unter der Regie der deutschen Besatzungsmacht, die seit 1943 das Land beherrschte, und ging wegen seiner grausamen Kriegs- und Deportationspolitik in die Geschichte ein. Im Manifest von Verona heißt es vollmundig: „Das Recht des eigenen Hauses ist nicht nur ein Recht am Eigentum, sondern ein Recht auf Eigentum. Die

[faschistische – Anm. Ph.B.] Partei nimmt in ihr Programm die Schaffung einer nationalen Gesellschaft für das Volkshaus auf, die unter Übernahme der bisher existierenden Gesellschaften und in Erweiterung von deren Tätigkeitsbereich vorsieht, den Familien der Arbeiter durch den Bau neuer Wohnungen oder durch die stufenweise Schuldabtragung bei den bestehenden Eigentum an einem Haus zu verschaffen.“

Mit Bezug auf die Wohnungspolitik ihres Landes in den späten 1970er Jahren hielten die französischen SoziologInnen Pierre Bourdieu und Monique de Saint Martin (1998: 158) fest, dass die Orientierung „jener sozialen Schichten in Richtung Eigentum [...], die bis dahin am wenigsten in der Lage gewesen waren, ihre Wohnbedürfnisse auf diese Art zu befriedigen“, eine „Ausrichtung auf eine dauerhafte Bindung an die bestehende Ordnung, also auf eine Form des Konservatismus“ bedeutet, zumal „gemeinschaftliche[s] und Mietwohnen mit Kollektivismus und Sozialismus“ verbunden würden. Die faschistische Bearbeitung der Wohnungsfrage unter kapitalistischen Bedingungen hat also weniger mit einer eigentlichen Sozialreform, dafür aber umso mehr mit einem stabilisierenden Integrationsversuch qua Bildung kleinen Eigentums zu tun. Es handelt sich um eine auch von anderen, gerade auch liberalen, Politikangeboten bekannte „Strategie des Aufbaus einer systemschützenden Schicht lohnabhängiger Kleineigentümer mit Mittelstandsbewußtsein“ (Opitz 1972: 304), die im Falle von CPI allerdings noch einer subversiv-reaktionär (vgl. Losurdo 2012: 140f.) aufladbaren Massenbewegung zuzuführen sind, die sich sodann gegen die politische Liberalität zu richten hat (vgl. Kühnl 1986; Marcuse 1934 sowie zur Würdigung von und Kritik an Marcuse Steigerwald 1969: 124ff.).

Casa Pounds eigener Vorschlag auf diesem Politikfeld fordert ein allgemeines Recht auf eine eigene Wohnung sowie ein entsprechendes Sozialdarlehen (vgl. Gattinara/Froio/Albanese 2013: 254). Über eine konkrete Ausgestaltung und den Weg des Erreichens dieser und anderer Zielstellungen schweigt sich CPI jedoch bemerkenswerterweise aus (vgl. ebd.: 250).

Eine „proletarische Nation“ von Beherrschten

Noch bevor sich der Faschismus historisch als Bewegung formierte, wurde ein Gutteil seiner programmatischen Substanz von der mit schwerindustriellen Interessen verbundenen, 1910 gegründeten, Italienischen Nationalistischen Vereinigung (vgl. Alff 1971) weggenommen (vgl. Togliatti 1973: 41). Die italienischen Nationalisten sprachen vom Kampf der proletarischen Nation Italien gegen andere Nationen, um das Ringen des eigenen Imperialismus um einen Platz an der Sonne mit antikapitalistischen Vorzeichen zu versehen. Ebenso

wie andere Ideologen und Propagandisten seines Regimes äußerte sich auch Mussolini als Duce ganz in diesem Sinn. Der Topos der proletarischen Nation ist CPI ebenfalls nicht fremd (vgl. Koch 2013: 79). Für die ProletarierInnen innerhalb dieser angeblich proletarischen Nation wartet CPI sogar mit einer eigens gegründeten Pseudo-Gewerkschaft auf: dem Vereinten Arbeiterblock BLU (*Blocco Lavoratori Unitario*). Rechtsgerichtete Pseudo-Gewerkschaften findet man in Europa derzeit durchaus nicht selten: In Österreich existieren die sogenannten „Freiheitlichen Arbeitnehmer“ als Betriebsgruppen der FPÖ und in Deutschland schickt sich die AfD an, ein vergleichbares Vehikel dauerhaft zu etablieren. Die Mutter aller nationalistischen Pseudo-Gewerkschaften dürfte jedoch die bereits lange vor dem BLU aus der Taufe gehobene UGL (*Unione Generale del Lavoro*) sein. Sie behauptet, in Italien zwei Millionen Mitglieder zu vereinen. Die 1950 gegründete UGL firmierte die längste Zeit ihres Bestehens unter dem Namen CISNAL (*Confederazione Italiana Sindacati Nazionali dei Lavoratori*) und war mit dem MSI verbunden. Der Historiker Gerhard Feldbauer (1996: 48) führte zur Tätigkeit dieser eigentümlichen Arbeitnehmervertretung aus: „Die CISNAL bekämpfte vor allem die von Kommunisten, Sozialisten und anderen linken Kräften getragene mitgliederstärkste CGIL, aber auch die beiden anderen Gewerkschaften, die sich 1949/50 von dieser abspalteten [...]. Die CISNAL trat seit ihrer Gründung offen für Programm und Politik des MSI ein, propagierte den Korporativismus und forderte, in den Betrieben den ‘Arbeitsfrieden’ herzustellen. Sie verzichtete als Gewerkschaft auf das Mitbestimmungsrecht, trat bei Arbeitsniederlegungen als Streikbrecher auf, leistete für Unternehmer in den Betrieben Spitzeldienste und vermittelte – hauptsächlich im Mezzogiorno – für Unternehmer und Großagrarien nichtorganisierte beziehungsweise nur ihrer Organisation angehörende Arbeitskräfte.“ Und für den Fall eines politischen Generalstreiks sollte CISNAL die bemerkenswerte Aufgabe zufallen, „den Staat zu verteidigen“ (Silj 1998: 73).

BLU scheint nun, allerdings in einer noch stärker verbalradikalen Variante, in die Fußstapfen von UGL beziehungsweise CISNAL treten zu wollen. Es ist daher angebracht, sich an dieser Stelle das von BLU explizit angerufene Sozialordnungsmodell vor Augen führt: die faschistische *Carta del Lavoro* (Verfassung der Arbeit) von 1927 (vgl. Gattinara/Froio/Albanese 2013: 252). Diese *Carta* (in Mussolini 1943: 51ff.), durchaus vergleichbar mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit der Nationalsozialisten von 1934, ist ein zentrales Dokument des faschistischen Korporatismus. In der *Carta* wird die Arbeit zur „soziale[n] Pflicht“, die „nur aus diesem Grund“ vom „Staate geschützt“ werde, zumal der Beschäftigte als „aktiver Mitarbeiter am wirtschaftlichen Unternehmen“ gefordert ist. Sie dekretiert „die Solidarität zwischen den verschiedenen Faktoren der Erzeugung durch die Versöhnung [...] der entgegengesetzten Interessen [...] der

Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie deren Unterordnung unter die höheren Belange der Erzeugung.“ Zugleich wird klargestellt: „Der korporative Staat erachtet die private Initiative auf dem Gebiete der Erzeugung als das wirksamste und als das nützlichste Werkzeug im Interesse der Nation.“ Die Carta kündigt außerdem bereits noch näher zu bestimmende Ahndungen von „Verfehlungen der Arbeitnehmer gegen die Disziplin und Handlungen, die den regelrechten Fortgang des Unternehmens stören“ an. Die von CPI beziehungsweise BLU angerufene Carta sieht im Zusammenhang mit der Ausschaltung von Italiens genuiner Gewerkschaftsbewegung vor und nach dem sogenannten Marsch auf Rom 1922 und deren Ersetzung durch staatsoffizielle faschistische Syndikate sowie entsprechender Gesetzgebung zwecks des Verbots von Arbeitsniederlegungen und der Heraufsetzung der Arbeitszeit bereits 1926 (vgl. De Luna 2006: 65) nach vielem aus – nur nicht nach einer Interessenvertretung der lohnabhängig Beschäftigten.

Ganz in diesem Sinne ist auch CPI-Anwalt Di Tullio (2014: 180) in seiner Kanzlei Herr im Haus, der es schätzt, „Mitarbeiter zu strafen.“ Als der Abtrünnige der Elite, für den Di Tullio (ebd.: 186) sich zu halten scheint, dürfte er sich auch selbst als Träger des „angeborenen Charisma“ identifizieren, mit dem „[m]anche Menschen [...] auf die Welt kommen“, „das jenem der Masse überlegen ist.“ (ebd.: 109) Der Masse der Proletarier innerhalb der „proletarischen Nation“ Casa Pounds würde es vermutlich ähnlich schlecht gehen wie zuvor den lohnabhängig Beschäftigten und weiteren nichtmonopolistischen Bevölkerungsteilen im ursprünglichen Faschismus. Casa Pounds Verweis auf die Sozialpolitik des Mussolini-Regimes „scheint von einem breiteren Antiausteritätszeitgeist angetrieben [oder diesem vielmehr angepasst – Anm. Ph.B.] zu sein, der in der Form einer romantischen Inanspruchnahme eines imaginären Faschismus“ daherkommt (Gattinara/Froio/Albanese 2013: 250), den es so nie gegeben hat. Casa Pound qualifiziert sich damit – folgt man dem Verständnis Werner Hofmanns (1971) – keinesfalls als die soziale Bewegung, als die sie durchgehen möchte, und für die sie allenthalben gehalten wird, sondern als offen reaktionäre Formation, deren vermeintliche soziale Alternative tatsächlich eine romantisierte Darstellung des historischen Faschismus bildet. Diese Zusammenhänge werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf CPI, die sich gegenüber ihren Anhängern als Gruppe, die sich um die vom bestehenden politischen System Vergessenen kümmert, darzustellen sucht (vgl. Bartlett/Birdwell/Froio 2012: 46f.). Der portugiesische Politikwissenschaftler José Pedro Zúquete (2015: 247ff.) erkennt in der „alternativen Demokratie“, die sich CPI auf die Fahnen geschrieben hat, denn auch ein Konzept, das an die Ideen des faschistischen Esoterikers Baron Julius Evola gemahnt und in dem eine „natürliche Aristokratie“ auf der Grundlage von „Stellung, Tüchtigkeit und Leistung“ (ebd.: 249) obsiegt.

Wem nützt Casa Pound?

Gianluca Iannone hat die politische Stoßrichtung des von CPI gepflegten Aktivismus im Jahr 2008 offen bekundet. Ihm geht es darum, Besetzungen von Wohnraum „unter der nationalen und nicht der roten Fahne“ durchzuführen (zit. n. Koch 2013: 15). Bereits der italienische Neofaschismus der Nachkriegszeit reflektierte seine eigene Funktion in diesem Sinne. Der MSI-Aktivist Bruno Zoratto bekannte offen, seine Partei verkörpere „nicht den ‘Klassenkampf’, sondern die ‘Klassenharmonie.’“ (Zoratto/Lechner 1976: 30) Und sein Parteichef Giorgio Almirante verkündete „die höchst bedeutsame Aufgabe unserer Partei, einen wachsenden Teil der Arbeiterschaft vom marxistischen Bazillus zu befreien“ (zit. n. Kühnl 1990: 278).

Was man an den MSI-Erben und angeblichen Sozialaktivisten von rechts vor dem Hintergrund dieser Zielstellung hat, weiß man bei bestimmten Organen des bürgerlichen Staates unterdessen allem Anschein nach zu schätzen. Ein Anfang 2016 öffentlich bekannt gewordenes Papier aus dem römischen Innenministerium, das auf April 2015 datiert (vgl. im Folgenden Constantini 2016), reiht sich ein in die unrühmliche und lange Geschichte der Beziehungen und wechselseitigen Sympathien zwischen Neofaschisten und Teilen des Staatsapparates in Italien (vgl. Feldbauer 1996: 57ff.). Das Dokument trägt die Unterschrift des Chefs der zentralen Leitung der Polizia di Prevenzione, die der Abteilung für Öffentliche Sicherheit im Innenministerium angegliedert ist. Zu ihren Hauptaufgaben zählt diese Institution laut Eigenauskunft die Abwehr von inländischem und ausländischem Terrorismus. Die Polizia di Prevenzione ist der auf sogenannte „Extremismusbekämpfung“ spezialisierten Abteilung für allgemeine Ermittlungen und Sonderoperationen, die unter dem italienischen Kürzel DIGOS firmiert, zugeordnet. Die CPI kann sich dem Wohlwollen des Hauses, dem die DIGOS angehört, sicher sein. In besagtem Bericht taucht beispielsweise der Begriff „Faschismus“ selbst gar nicht auf. CPI wird stattdessen zur Organisation der Gewährsleute der „Aspekte der innovativen und sozialen Entwicklung“ während der „zwei Jahrzehnte“ (im Original: *ventennio*) erklärt: „Ventennio nero“ („zwei schwarze Jahrzehnte“) ist eine im Italienischen gebräuchliche Bezeichnung für die Zeit der faschistischen Diktatur. Die Bezeichnung „schwarz“ rührt an dieser Stelle von der Farbe der Hemden her, die Mussolinis Schlägertruppen trugen.

Der Bericht bedient insgesamt ein Bild des Faschismus als einer „Rosenwaserdiktatur, die auch gute Dinge tat“ – so hat der Schweizer Historiker Aram Mattioli (2010: 57ff.) den in Italien eben keineswegs nur von gesellschaftlichen Randgruppen geführten Diskurs über die Jahre 1922 bis 1943/45 als Modernisierungs- oder Entwicklungsdiktatur zusammengefasst. Diese Form der Apologie kann indessen auch akademische Schützenhilfe in Anspruch nehmen

(vgl. Gregor 1979). Die CPI-AktivistInnen selbst werden im inkriminierten Bericht nur in Anführungsstrichen als „Faschisten“ bezeichnet – ganz so, als wären ausgerechnet der politischen Polizei die Selbstbezeichnung Casa Pounds als „Faschisten des dritten Jahrtausends“ oder Domenico Di Tullios (2014: 265f.) sinngleiche Selbstdarstellungen unbekannt und als wäre diese Charakterisierung gar eine Erfindung ihrer Gegner. Die 11,8 Millionen Euro Steuergelder, die der zwischen 2008 und 2013 regierende rechte Bürgermeister Roms und ehemalige MSI-Aktivist Gianni Alemanno zugunsten von CPI aufwendete, dürften zumindest aus Sicht der Autoren aus dem Innenministerium gut angelegt gewesen sein. Bei diesem hohen Maß an Relativierung erübrigt es sich beinahe zu erwähnen, dass der Rassismus Casa Pounds in dem Gutachten keinerlei Rolle spielt. Den CPI-Slogan „0% Rassismus, 100% Identität“, der auf der neurechten Klaviatur des Ethnopluralismus spielt (vgl. Opitz 1996: 254ff.), haben die Beamten offensichtlich akzeptiert. Es gibt allerdings auch gegensätzliche Erkenntnisse: Die *Neue Zürcher Zeitung* nennt SympathisantInnen von Casa Pound und Forza Nuova, einer weiteren neofaschistischen Gruppierung mit vergleichbaren Wurzeln, als Verantwortliche für die als „Banglatour“ verbrämten Gewaltexzesse: „[...] das gezielte Verprügeln von dunkelhäutigen Betreibern kleiner Geschäfte, vor allem Immigranten aus Bangladesch.“ (Haas 2016) In der jüngsten Zeit haben Angriffe von AktivistInnen von Casa Pound und Forza Nuova auf Flüchtlingshelfer, Journalisten (vgl. Feldbauer 2017) sowie auf Gewerkschaftler (vgl. FIOM-CGIL 2017) noch einmal unterstrichen, dass der Faschismus mit mehr aufwartet als einer scheinbar innovativen Ideologie und vermeintlichen Sozialprojekten. Den Bericht des Innenministeriums durchzieht hingegen eine „[v]erharmlosende Darstellung der Gewaltbereitschaft, die zudem hauptsächlich auf Einzelpersonen zurückgeführt wird,“ sowie eine „Hervorstreichung und Betonung der angeblich sozialen Gesinnung und grundsätzlichen Gesetzeskonformität der Organisation“ (Constantini 2016). Auch das Attentat im toskanischen Florenz vom Dezember 2011, bei dem zwei senegalesische Straßenhändler von einem CPI-Anhänger erschossen wurden (vgl. Gensing 2011), findet im Dokument des Innenministeriums keine Erwähnung. Dass Casa Pounds postwendende Distanzierungen, die den rassistischen Mörder, der auch für eine CPI-Online-Publikation schrieb, zum „herrenlose[n] Hund“ erklärten (vgl. Langer 2011), ausgerechnet bei einer für „Terrorismusbekämpfung“ zuständigen Institution Glauben finden, verdeutlicht das ganze beunruhigende Ausmaß des Problems.

Den einen werden die Köpfe, mit staatlichem Gütesiegel versehen, ideologisch vernebelt – den anderen werden sie eingeschlagen. Für die faschistische Praxis besteht hierbei ein enger Zusammenhang. So sprach Mussolini (1937: 153) 1921 von „Schlägen an die Schädel der Widerspenstigen“, die notwendig seien, „um unsere Ideen den Gehirnen aufzuzwingen“. Bezeichnenderweise lautet ein von

CPI-Anwalt Di Tullio (2014: 108) dokumentierter Slogan aus dem Milieu seiner Mandanten: „Im Zweifel, schlag zu!“ Das Motto geht auf einen Songtitel von Zetazeroalfa zurück. Und auch Di Tullio selbst scheint mit dem Verständnis Casa Pounds hinsichtlich des Konzepts der Gewalt, die der eigenen Vorstellung von Recht zum Durchbruch verhilft, *d'accord* zu gehen (vgl. ebd.: 51). Eine Politik, die an die Wurzel sozialer Probleme geht, sieht anders aus. Terroristische Gewalt ist zwar das, mit der „ideologischen Wende“ (Eatwell 2011: 165) in der Faschismusforschung zusehends aus dem Blick geratene (vgl. kritisch hierzu Elazar 2001) „Hauptmerkmal des Faschismus“, aber ebenso wichtig ist die Tatsache, dass der Faschismus als Bewegung demagogisch danach trachtet, eine „breite Massenbasis“ für den Übergang zu einer terroristischen Diktatur herzustellen (Gossweiler 2012: 31). Der Produktion dieser Massenbasis nimmt sich CPI mit ihrer behördlich geprüften Sozialdemagogie an.

Dass die „rechten Hausbesetzer“ im Mai 2016 ausgerechnet mit einem Immobilienmakler als Kandidaten über sechs Prozent der Stimmen bei den Bürgermeisterwahlen in der Südtiroler Stadt Bozen erringen konnten, ist mehr als ein bloßes Kuriosum. Bereits ein Jahr zuvor hatte Casa Pounds Abgeordneter im Bozener Stadtrat, Andrea Bonazza, klargemacht, auf welcher Seite der Barrikade seine Bewegung auch im parlamentarischen Raum steht. Mit folgenden Worten begründete Bonazza seine Zustimmung zu einem umstrittenen Projekt in der Bozener Innenstadt: „Politisch bin ich eigentlich dagegen, weil ich gegen Konzerne bin. Doch ich erhoffe mir, dass das viele Geld, das durch diese Operation in die Gemeindekassen gelangt, sinnvoll ausgegeben wird“ (zit. n. Vikoler 2015). In Bozen möchte das größte private Immobilienunternehmen des Nachbarlandes Österreich, die unter anderem auch wegen der Übernahme des Karstadt-Konzerns 2014 bekannte Signa Holding, ein „Luxuskaufhaus“ errichten, wie es die liberale Wochenzeitung *Die Zeit* aus Hamburg nannte (vgl. Siebenhaar 2014). In der Öffentlichkeit wird der Plan unter dem Namen des Gründers der Signa Holding, dem Österreicher René Benko, auch unter dem Stichwort „Benko-Projekt“ diskutiert. Zwar wird der sozialen Demagogie in Bonazzas Begründung für sein Abstimmungsverhalten noch einmal eine Reverenz erwiesen, aber wie viel dies wert ist, wird deutlich, wenn es um die realen Interessen von Konzernen geht und ein entsprechendes Abstimmungsverhalten folgt. Wie eng diese Interessen im konkreten Fall mit reaktionärer Politik verbunden sind, zeigt sich auch daran, dass dem Unternehmensbeirat von Benkos Signa Holding auch Susanne Riess, ihres Zeichens ehemalige Chefin der extrem rechten FPÖ, angehört (vgl. ebd.). Die lautstarke Kritik an hohen Kosten für die öffentliche Hand, am Verlust öffentlicher Grünflächen im lokalen Bahnhofspark und an den befürchteten Auswirkungen des Benko-Projekts auf den Einzelhandel, auf den öffentlichen Personennahverkehr sowie auf die Wohnsituation lässt Casa Pound an dieser Stelle kalt.

Ungeachtet ihres verbalen Antikapitalismus fügt sich Casa Pound den Ansprüchen der ökonomisch Herrschenden. Der pragmatische Rekurs auf das angeblich vom Tisch der Konzerne als Brosamen herabfallende, hier noch nicht einmal eingeforderte, sondern von Bonazza lediglich „erhoffte“ Plus für die Allgemeinheit ist Usus in bürgerlicher Politikrhetorik (frei nach dem Motto „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es allen gut“). Italiens Faschisten bleiben sich treu. Es ist daher hilfreich, sich den Befund von Anna Castriota und Matthew Feldmann (2014: 224) zu vergegenwärtigen, wonach es an dieser Stelle „wenig an ideologischer Substanz gäbe, das neu unter der italienischen Sonne ist.“ Weiterhin gilt es zu beobachten, ob und wie CPI unter dieser Sonne gedeiht – insbesondere vor dem Hintergrund der in diesem Jahr gebildeten Regierung Conte, unter Einschluss der Lega Nord. Es ist davon auszugehen, dass Casa Pound als rechte Reserve mit dem Ruf der „sozialen Bewegung“ in Stellung bleiben wird, um in absehbarer Zeit Lega-Anhänger, die durch die eine oder andere politische Maßnahme der Regierung enttäuscht werden, politisch einzusammeln. Noch blicken die „Faschisten des dritten Jahrtausends“ jedoch erklärtermaßen mit „vorsichtiger Hoffnung“ (Casa Pound Italia 2018) auf Roms derzeitige Regierung.

Literatur

- Alff, Wilhelm (1971): Die Associazione Nazionale Italiana von 1910 [1965]. In: *Der Begriff Faschismus und andere Aufsätze zur Zeitgeschichte*. Frankfurt/M.: 51-95.
- Bartlett, Jamie/Birdwell, Jonathan/Froio, Caterina (2012): *Populism in Europe: CasaPound*. London.
- Becher, Phillip (2014): Neofaschismus und Popkultur. In: *junge Welt*, 9.1.2014.
- Bourdieu, Pierre/de Saint-Martin, Monique (1998): Der Eigentumssinn. Die soziale Genese von Präferenzsystemen [1990]. In: Bourdieu, Pierre u.a.: *Der Einzige und sein Eigenheim* (Schriften zu Politik und Kultur 3). Hamburg: 130-161.
- Casa Pound Italia (2018): 2 Giugno: „riprendiamoci la nostra sovranità“, corteo spontaneo e sit in in centro a Roma per CasaPound (2.6.2018). URL: <http://www.casapounditalia.org>, Zugriff: 10.7.2018.
- Castriota, Anna/Feldman, Matthew (2014): „Fascism for the third millenium“: An overview of language and ideology in Italy's CasaPound movement. In: Feldman, Matthew/Jackson, Paul (Hg.): *Doublespeak. The Rhetoric of the Far Right since 1945*. Stuttgart: 223-246.
- Christen, Christian (2001): *Italiens Modernisierung von Rechts. Berlusconi, Bossi, Fini oder die Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates*. Berlin.
- Constantini, Simon (2016): Brave Jungs – Persilschein für Casa Pound. Erschreckendes Gutachten des italienischen Innenministeriums (5.2.2016). URL: brennerbasisdemokratie.eu/?p=27017, Zugriff: 25.4.2018.
- De Luna, Giovanni (2006): *Benito Mussolini mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*. 5. Auflage. Reinbek.
- Di Nunzio, Daniele/Toscano, Emanuele (2014): Taking Everything Back: CasaPound, a Far Right Movement in Italy. In: Farro, Antimo L./Lustiger-Thaler, Henri (Hg.): *Reimagining Social Movements. From Collectives to Individuals*. Farnham: 251-262.

- Di Tullio, Domenico (2014): *Wer gegen uns?*. Schnellroda.
- Earwell, Roger (2011): Ideology, Propaganda, Violence and the Rise of Fascism, in: Pinto, António Costa (Hg.): *Rethinking the Nature of Fascism. Comparative Perspectives*. Houndmills-New York: 165-185.
- Elazar, Dahlia S. (2001): *The Making of Fascism. Class, State, and Counter-Revolution, Italy 1919–1922*. Westport-London.
- Falanga, Gianluca (2012): *Italien. Ein Länderporträt*. 2. Auflage. Berlin.
- Feldbauer, Gerhard (1996): *Von Mussolini bis Fini. Die extreme Rechte in Italien*. Berlin.
- (2014): *Die Resistenza. Italien im Zweiten Weltkrieg*. Köln.
- (2017): Antifaschisten demonstrieren Einheit. Italien: Nach Überfällen auf Flüchtlingshelfer und Verlag protestierten Linke gegen Rechtsruck. In: *junge Welt*, 11.12.2017.
- FIOM-CGIL (2017): Forlì. Fiom-Cgil, urgente risposta democratica agli attacchi squadristi (9.12.2017). URL: fiom-cgil.it, Zugriff: 25.4.2018.
- Gattinara, Pietro Castelli/Froio, Caterina/Albanese, Matteo (2013): The appeal of neo-fascism in times of crisis. The experience of CasaPound Italia. In: *Fascism – Journal of Comparative Fascist Studies* 2 (2): 234-258.
- Gensing, Patrick (2011): Rassistische Morde in Italien. „Casa Pound“ – Vorbild für deutsche Neonazis (14.12.2011). URL: tagesschau.de, Zugriff: 3.6.2016.
- Gilmour, David (2013): *Auf der Suche nach Italien. Eine Geschichte der Menschen, Städte und Regionen von der Antike bis zur Gegenwart*. Stuttgart.
- Gossweiler, Kurt (2012): *Kapital, Reichswehr und NSDAP. Zur Frühgeschichte des deutschen Faschismus 1919 bis 1924*. Köln.
- Gregor, A. James (1979): *Italian Fascism and Developmental Dictatorship*. Princeton.
- Grimm, Markus (2016): *Die problematische Neuerfindung der italienischen Rechten. Die Alleanza Nazionale und ihr Weg in die Mitte*. Wiesbaden.
- Haas, Franz (2016): Schwarzhemden und Negermädchen. Rassismus in Italiens Alltag (8.3.2016). URL: nzz.ch, Zugriff: 25.4.2018.
- Hirschman, Albert O. (1992): *Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion*. München-Wien.
- Hofmann, Werner (1971): *Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts*. 4. Auflage. Berlin-New York.
- Kitzler, Jan-Christoph (2014): Italien: Casa Pound – Faschismus für das 3. Jahrtausend? (24.3.2014). URL: bpb.de, Zugriff: 25.4.2018.
- Koch, Heiko (2013): *Casa Pound Italia. Mussolinis Erben*. Münster.
- (2016): CasaPound Italia – faschistisches Hybrid (10. Mai 2016). URL: <http://www.brenner-basisdemokratie.eu/?p=29159>, Zugriff: 25.4.2018.
- Kühnl, Reinhard (1986): *Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus*. Reinbek.
- (1990): *Faschismustheorien. Ein Leitfaden*, aktualisierte Neuauflage. Heilbronn.
- Langer, Annette (2011): Rechtsextremes Attentat von Florenz: Die kruden Ideen des Signor Casseri (15.12.2011). URL: spiegel.de, Zugriff: 25.4.2018.
- Losurdo, Domenico (2012): *Der Marxismus Antonio Gramscis. Von der Utopie zum kritischen Kommunismus*, erweiterte Neuauflage. Hamburg.
- Marcuse, Herbert (1934): Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung. In: *Zeitschrift für Sozialforschung* 3(2): 161-195.
- Mattioli, Aram (2010): „Viva Mussolini!“ *Die Aufwertung des Faschismus im Italien Berlusconi*. Paderborn.
- Mussolini, Benito (1937): Rede in Bologna [1921]. In: derselbe: *Schriften und Reden. Band II*. Zürich-Leipzig: 149-159.
- (1943): *Der Geist des Faschismus. Ein Quellenwerk*, 5. Auflage. München.

- Opitz, Reinhard (1972): Liberalismuskritik und Zukunft des liberalen Motivs (III). In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 17(3): 294-314.
- (1996): *Faschismus und Neofaschismus*. Bonn.
- Petzold, Joachim (1983): *Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur*. Frankfurt/M.
- Poulain, Pierre (2011): Rechtsextremistisches Attentat in Florenz. Der „lange Faden“ ungestörter rassistischer und faschistischer Aktivitäten quer durch Europa. In: *Unsere Zeit*, 23.12.2011.
- Saraceno, Chiara (2012): Die italienische Familie im Wandel. In: Rörig, Karoline/Glassmann, Ulrich/Köppel, Stefan (Hg.): *Länderbericht Italien*. Bonn: 120-138.
- Siebenhaar, Hans-Peter (2014): Der Goldjunge. In: *Die Zeit*, 27.2.2014.
- Shlomo, Jonathan Ben (2011): *Unterschiede in den Eigentumsquoten von Wohnimmobilien – Erklärungsversuche und Wirkungsanalyse*. Lahr.
- Silj, Alessandro (1998): *Verbrechen, Politik, Demokratie in Italien*. Frankfurt/M.
- Steigerwald, Robert (1969): *Herbert Marcuses dritter Weg*. Köln.
- Streck, Ralf (2014): Neonazis mit sozialem Anstrich. Nach dem Vorbild ihrer italienischen Kameraden wollen spanische Rechtsextreme Profit aus der Krise schlagen. In: *Neues Deutschland*, 27.8.2014.
- Togliatti, Palmiro (1973): *Lektionen über den Faschismus*. Frankfurt/M.
- Vernier, Ettore (1977): *Zur Problematik eines dritten Weges. Repubblica Sociale Italiana*. Hamburg.
- Vikoler, Thomas (2015): Der Abstimmungs-Krimi (23.7.2015). URL: tageszeitung.it, Zugriff: 25.4.2018.
- Zoratto, Bruno/Lechner, Brunhilde (1976): *Italiens Neue Rechte*. Stuttgart.
- Zúquete, José Pedro (2015): „Free the People“. The Search for „True Democracy“ in Western Europe’s Far-Right Political Culture. In: de la Torre, Carlo (Hg.): *The Promise and Perils of Populism*. Lexington: 231-264.

schneller als der VS erlaubt*

#derrechterand

antifaschistisches

Magazin

der-rechte-rand.de/ABO

* bevor der Verfassungsschutz sie auch nur erwähnt, haben wir schon längst berichtet: »Reichsbürger«, »Identitäre«, AfD, »Prepper« oder »Ku Klux Klan« ...